

herauszuheben, wenn die Annahme am 1. April vollständig auszuführen und ebenso die Verzinsung und Zinssteuer zu bekräftigen, mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Das Statut wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

In der folgenden Beratung des Reichstages über den Staatserziehungsrat trat der Demokrat Großhaus für die Beibehaltung dieses Schönderrichts ein. Gegen die Stimmen der Demokraten wurde die Aufhebung des Staatserziehungsrates beschlossen.

Das Sperrgesetz gegen die Unterbrechung der Briefkasten wurde angenommen. Eine kommunistische Entschließung gegen Brauns wegen seiner arbeiterfeindlichen Haltung wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, den Reichstag am 16. April wieder einzuberufen. Der Reichstag verlegte sich dann bis zum 27. März.

Diese letzte Sitzung des Reichstages ist für die Arbeiterklasse von besonderer Bedeutung. Die Haltung der SPD. mag hier erwähnt werden. Diese Partei, die arbeiterpolitisch schon immer die stärkste Stütze der Luther-Regierung war, ist jetzt auch innerpolitisch offen an die Seite dieser Regierung geschritten. Die Verteidigung des Vorstandes der SPD. durch den linken Reichmann im Sächsischen Landtag erfährt dadurch eine besondere Vertiefung.

Kommunistische Erklärung zur Schlussabstimmung über den Luther-Stat

Bei der Schlussabstimmung über den Reichshaushalt im Reichstag am Samstag gab Genosse Stöcker im Namen der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die kommunistische Fraktion lehnt den Etat ab, da er in seinem ganzen Aufbau einen Charakter der Erhaltung und Wiederherstellung der kapitalistischen Klasse und zur Niederhaltung und Ausbeutung der Arbeiter, Angehörigen, Beamten, Kleinbauern und weither Kreise des Kleinbürgertums darstellt, zugunsten der kleinen Schicht, der die deutsche Republik beherrschenden Klasse.

Weiters hat die Regierung Luther-Stresemann-Gehrig-Brauns-Külz die arbeiterfeindliche Politik des Kabinetts Luther-Schleier fortgesetzt. Unter dem Schutze dieser Regierung schlug sie die monarchistische Reaktion im Staatsapparat, in Reichswehr, Polizei, Justiz und Schule immer mehr, so daß diese Elemente immer tiefer aufstiegen und eine immer größere Gefahr werden. Die Klassenjustiz dieser Regierung spotet jeder Beschreibung. Alle ihre Polizeimaßnahmen sind gegen die arbeitenden Massen gerichtet. Ihr offenes Eintreten für die unersetzlichen Führerforderungen steht in schroffem Widerspruch zur Meinung der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Die von der Regierung geführte Sabotage des Volksbegehrens und die beschuldigte Sabotage des Volksentscheids muß den einmütigen Protest des gesamten deutschen werktätigen Volkes hervorzuziehen. Unter der Protection des Reichskanzlers Luther finden offene reaktionäre Diktaturpläne immer günstigeren Boden. Die gestellte Verzinsfrierung des Bahnbaukapital ist ein erster Schritt zur Veränderung der Verfassung in reaktionären Sinne. Das bevorstehende Reichshausgesetz soll der imperialistischen Reaktion die Bahn freibilden.

Die arbeiter- und beamtenfeindliche Sozial- und Lohnpolitik des Luther-Kabinetts hat die Notlage der Arbeiter, Beamten und Kleinbauern noch weiter gesteigert. Jede Erhöhung der Hungerlöhne und Gehälter der Arbeiter und mittleren Beamten wird von dieser Regierung scharf bekämpft. Seit fast allen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern stellt sich der reaktionäre Arbeitsminister Brauns gegen die Forderungen der Gewerkschaften. Weiterer Lohnraub und Verzinsfrierung der Arbeitszeit, weitere Befestigung des Lohnkardentages ist das Programm dieser Regierung, die durch ihre kapitalistische Wirtschaftspolitik die Verarmung für das ungeheure Arbeitslosienheer and dessen Elend trägt.

Der Jökelsch des vergangenen Jahres soll noch weiter geheizt und veräuschelt werden.

Die von Reichhold durchgeführte Steuerreformkonzeption hat denkselbst ein unerhörtes Mißverhältnis für die Besitzenden 130 Millionen Vermögenssteuer und 20 Millionen Kapitalverkehrssteuer werden der Bourgeoisie geschenkt. Die Massenverbraucher müssen bezahlen. Die lächerlich geringe Senkung der Umsatzsteuer bringt keine Entlastung, sondern einen Extrazusatz von 200 Millionen an die Kassen der Unternehmern. Mit der Zustimmung zu diesem Steuerkompromiß legt die Sozialdemokratie alle Politik fern, gemeinsam mit den bürgerlich-freiwirtschaftlichen Parteien die arbeitenden Massen zu befragen.

Arbeiterpolitisch legt die Regierung den verhandlungslosen Kurs der Dawospolitik, der Unterwerfung unter dem britischen Imperialismus und der imperialistischen Völkerbundspolitik gegenüber.

gen die Sozialpolitik, ist, in der Absicht, unter politischen Parteien eine revolutionäre imperialistische Partei einzuführen. Die Sozialdemokratische Partei und Stresemann ist keine Partei des Reichstags, sondern die bewußte Vorbereitung neuer imperialistischer Reaktionen.

So treibt das heutige Kabinett Luther in jeder Hinsicht eine arbeiterfeindliche Politik. Scharfe Kampfkraft der gesamten Arbeiterklasse ist deshalb die sich notwendig ergebende Pflicht. Die sozialdemokratische Fraktion übernimmt mit ihrer Zustimmung zu diesem Etat des Schwerkapitals und der Staatsgarantie die volle Verantwortung für die arbeiterfeindliche Politik dieses Kabinetts und legt sich damit in schroffem Gegensatz zum Willen ihrer proletarischen Wähler, die immer stärker die Forderung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen die Lutherregierung und die Unternehmerringelassen erheben.

Die kommunistische Fraktion lehnt diesen Lutheretat ab und ruft das gesamte werktätige Volk zum Kampfe gegen diese Regierung, zur Auflösung des Reichstages und Beibehaltung dieser Regierung auf.

Kort mit der Regierung Luther! Kort mit diesem Reichstag!

Achtung! Rußlandnummer!

Sonderausgabe der „Arbeiterstimme“. Am Donnerstag, den 2. April, erscheint eine Sonderausgabe mit Rußlandberichten des jetzt zurückgeführten abgemüllten Delegierten Genossen Werner.

Sorgt für weiteste Verbreitung! Verkauft werden in jeder Buchhandlung, in jeder Arbeiterpartei, in jeder Gewerkschaft, in jeder Partei.

Ausschluß der 23

Berlin, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichstagsgruppe Blauen der SPD. verlangt in einem Brief an den Reichsminister in Berlin nach § 23 des Reichsorganisationsgesetzes sofortigen Ausschluß der sächsischen Landtagsabgeordneten, die gegen den Ausschlußbeschluss gestimmt oder die bei der Abstimmung gefehlt haben. Wir haben am Samstag schon in einem Brief darauf hingewiesen, daß es mit einer Aufforderung an den Reichsminister nicht getan sein wird.

Friedensmieten am 1. Juli

Die Koalitionsregierung in Sachen hat für heute vormittag um 11 Uhr den Zwischenbescheid zur Bezeichnung einer Neuverbindung über die Mietenhöhung und die Veränderung der Mietensummen einberufen. Nach dem Vortrag, den die Regierung in der Verhandlung unterbreitet, soll im April keine Erhöhung der Mieten eintreten. Im Mai sollen 92 Prozent, im Juni 97 Prozent und vom 1. Juli 100 Prozent Friedensmiete erhoben werden. Die die Verhältnisfrage liegen, werden die Koalitionsparteien zustimmen. So daß trotz des Beschlusses im Reichstag Friedensmiete erst am 1. April 1927 zu erheben, im „roten“ Februar die Erhebung in ein paar Monaten erfolgt.

Heraus aus den Nordorganisationen!

Berlin, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Was Eisen wird heraus, daß in der dortigen Ortsgruppe des Sozialismus starke Vertriebsbestrebungen vorhanden sind. Die Mitgliedszahl geht seitens jenseit des 29. d. März, sind vertriebsmäßig gestiegen, weil verschiedene Stahlhüttenmitglieder sich an den Demonstranten für die Aufhebung der Beschlüsse beteiligt haben. In einem Brief an unser Eisen-Verdachtsorgane schreibt ein früheres Mitglied des Stahlwerks Mag. A. Weid ich erkenne habe, daß der Stahlhütten eine sozialistische Organisation im Dienste des Schwerkapitals ist, erkläre ich meinen Austritt aus dieser Stahlhüttenorganisation und rufe auch den anderen arbeiterfeindlichen Arbeitern zu, ebenfalls so zu handeln. Meine ehemaligen Kameraden rufe ich zu, sich in die rote Front der Arbeiterklasse einzufügen. Mag. A.

Alimus: ein neues kommunistisches Kampfmittel!

Jahrendend ist sich die „Deutsche Zeitung“ aus Leipzig werden, daß beim Empfang Hindenburgs in Leipzig ungefähr 400 Schupostratzen keinen Dienst tun konnten, weil — nun weil der Verbandsapparat bei ihnen mit unersetzlicher Gehaltlosigkeit vor sich ging! Ein kommunistisch veränderter „Arbeiterblatt“ soll die Sache angeht haben. „Waffenscheidend“ fordert die „Deutsche Zeitung“. „Auf jeden Fall scheint es dringend erforderlich, mit größter Eile durchzugreifen und die Schupostratzen von derartigen

gefährlichen kommunistischen Elementen zu befreien, da sonst wie an diesem Beispiel bewiesen werden ist, die Schupostratzen bei größeren Unruhen zu bedeuten hätte, erkräftigt sich ihnen schuldig.“

Stell' euch das illustriert vor! Die Schupo, die hungrige Arbeitslose den Gummiknäuel zu schlingen, was natürlich abzuwehren, „Waffenscheidend“ lachen!

Ja, ja, was sind die Kommunisten doch für Weisheit kühnen, nicht agieren sie nicht mehr unter den Schupostratzen, jetzt führen sie nicht mehr den Klassenkampf, sondern führen sie

Kommunistenhaß in der bayerischen Ordnungsgelände

München, 28. März. (Eig. Drahtber.) Ende voriger Woche wurde eine Zellengruppenversammlung der kommunistischen Partei in München-Galgenrieden durch die Polizei aufgehoben. Die Verhaftung war von 45 Genossen beschuldigt, während die Polizei nur 23 Kriminalbeamten und 30 Beamten der bayerischen Polizei ausrichtete. Die Verhaftung sollte nicht weitergehen, wurde Genosse Bolje-Berlin, der an dieser Versammlung im Auftrag des JA. teilnahm, verhaftet. Dieses Vorgehen der Polizei entspricht der maßlosen Brut über die kommunistische Agitation während dem Volksbegehren und über die in den letzten Wochen gemachten Enthaltungen über das Treiben der Polizei und Freuenfänger.

Die Schuldigen an dem Unglück in Oberhausen

Berlin, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Gleich nachdem sich auf der Höhe Oberhausen 1/2 der Guteshoffnung durch des schweren Förderungsunglück ereignet hatte, begann sich der kommunistische Abgeordnete Sahoff an Ort und Stelle. Genosse Sahoff möchte folgende Ermittlungen: Das Unglück, das 12 Tote und 41 Verletzte zur Folge hatte, ist bedingt auf die Art der Verhältnisse zurückzuführen. Die ersten Meldungen, die von der Schicht über das Unglück gingen, waren irrtümlich. Die Schichten in der Maschinenriebe sind durch den Unfall sehr schwer entsetzt. In Wirklichkeit ist das Unglück auf die Verletzung eines Rohres und auf zu schnelles Anfahren zurückzuführen. Entgegen den bürgerlichen Behauptungen, die als Schutzbestimmung für einen Korb 40 Personen gefaßt, wenn die Schicht dem verunglückten Korb 43 Mann. Um so rasch als möglich die Bergleute zu befordern, hatte der Förderungsleitungsapparat den Fahrtreffer (Sicherungsapparat), der bei dem Überfahren der Höhe gleichmäßig die Bremsen selbstständig in Funktion setzen soll, abgestellt. Der Korb geriet in zu schnelles Tempo und der Förderungsleitungsapparat verlor die Gewalt über die Maschine. Wäre der Fahrtreffer nicht abgestellt gewesen, in wäre das Unglück gänzlich nicht so schwer geworden. Die Juchensarbeiten und die Beibehaltung werden nun wieder ein Geschick über die Verlässlichkeit der Bergleute und der Schichtungsmaßnahmen bestimmen. In Wahrheit jedoch werden die Förderungsmaßnahmen geradezu gezwungen, die Beschäftigten außer Acht zu lassen. Die Juchensarbeiten fordern außerdem, daß die Bergleute in unmöglich kurzer Zeit in die Schächte befordert werden, so daß die Körbe immer übermäßig vollgepackt werden. Im Interesse des Bergbaus der Großhüttenanlagen sollen die Steiger nicht beauftragt, die Vorschriften nicht nur zu befolgen, sondern sie prüfen die Mannschaften zu immer größerer Eile an. Förderungsarbeiten, die sich weigern, diese Arbeit mitzumachen, werden sich schämen. Aber trotz aller Todesopfer, die das Anfahren fordert, hat die preussische Regierung die Forderung der Kommunisten nach Grubenkontrollen immer wieder abgelehnt. Auch der Bergarbeiterverband hat diese Forderung nicht mit dem nötigen Nachdruck unterstützt.

Darum sind die preussische Regierung und die Führer des Bergarbeiterverbandes, sowie die SPD-Ladanten mitschuldig an dem neuen Unglück.

Kommunistischer Sieg in Paris

Paris, 28. März. (Teleunion.) Das offizielle Ergebnis der Stichwahlen im zweiten Pariser Sektor ist folgendes: Die Kommunisten wurden gewählt, ihre nationalsozialistischen Gegner wurden geschlagen. Duclos (Komm.) erhielt 6325 Stimmen (gewählt), Fourrier (Komm.) 63126 Stimmen (abgewählt), während die Vertreter des Nationalsozialismus nur 61718 und De Kerilis 61338 Stimmen auf sich vereinigten konnten. Die von dem rechten Flügel der Wahllosen aufgestellten Kandidaten erhielten etwa 2000 Stimmen. Das Wahlresultat stellt in Paris großes Aufsehen hervor und wird lebhaft besprochen. Vor den Reaktionen der großen Zeitungen haben sich noch Tausende zählende Menschenmengen eingefunden. Das Ergebnis der Wahlen ist ein Zeichen für die gewaltige Expansion der kommunistischen Bewegung. Die Kommunisten haben die Hauptstadt des Landes im Wahlkampf erobert. Wird heute die Sozialdemokraten auch noch führen, daß die SPD in Frankreich tot sei?

Trauermarsch für Sozialdemokraten

Was brauchen wir —?
Von Theobald Tiger.

Als solche Extradattler tiefen,
Da treten wir in Reihen an;
Und kriechen nur in Feldpostbetten,
Was man doch laut nicht sagen kann.

Gewiß, wir waren Sozialisten
(Noch innen); in den Kompagnien
Gab's keine besten Infanteristen —
Aus Disziplin.

Als Rasen dümmel Blut vergossen,
Da schwenkten wir in Reihen ein;
Garnis: da lagen die Genossen —
Wir drohten tapfer über Rhein.

Wenn sie den Klassenkampf verpöbelten,
Auf ihren Sesseln in Berlin —
Dann hielten wir das Maul und kuschelten
Aus Disziplin.

Sat Vater Ebert uns verraten,
Sat Dörfel Häring falschen Tritts,
Sind wir von Richtern und Soldaten
Zertrampelt —

Wir machen immer mit,
So werden wir nach dreißig Jahren,
Besiegt, blamiert, verhaunt, verführt,
Gezwungen in die Grube fahren.
Aus Disziplin.

Emanzipation der Arbeiterklasse

Die neue Gesellschaft steht in unerschütterlichem Widerspruch mit dem alten Staat. Der die neue Gesellschaft will, hat daher vor allem auf Beibehaltung des alten Staates hinzuwirken.

Revolutions werden nicht mit hoch abrigattlicher Erlaubnis gemacht, die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutzutage Staates verwirklicht werden, sie muß ihre Kräfte um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat. Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Stimmrechts. Beibehaltung der uns noch wie vor energiegelos an den Wahlen, aber benutzen wir sie bloß als Agitationsmittel.

Es fällt mir nicht ein, den tatsächlichen Kampf bloß auf politischen Gebiet führen zu wollen; ich habe die Gewerkschaften gesehen im Jahre 1884 öffentlich beschworen und seitdem mein mögliches für ihre Organisation getan. Aber auch hier muß man stets das Endziel, das Prinzip im Auge behalten. Geschicht dies nicht, so kann im Augen an materielle Vorteile, um höhere Löhne zu leicht vergessen werden, daß die ganze bürgerliche Produktionsweise umgestaltet, das ganze Lohnverhältnis abgeschafft werden muß.

Was Wilhelm Liebknecht, Hober die politische Stellung der Sozialdemokratie 1899.

Ein zweifaches Ideal hat mich von Jugend an vorgeleuchtet: das freie und einig Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, so lange noch ein Hauch in mir ist.

Wilhelm Liebknecht im Hochverratsprozess 1872.

Wilhelm Liebknecht Sohn eines Registrators (seine Vorfahren lebten bis zu Luther führen), verwaisst früh; von der Familie zur Beamtenlaufbahn bestimmt, besuchte er Gymnasien, dann Universitäten. Unter dem Eindruck des frühzeitigen Schicksals seines Verwandten Pierre Weissig, der von der Metzerischen

Reaktion im Jahre 1870 zurück wurde, und der Schriftsteller Simon, trat er für der sozialdemokratischen Bewegung ein. 1847 Lehrer an der Preussischen Schule in Jülich, 1848 Mitglied bei den Pariser Kommissar Herweghs in Paris, in Deutschland getrieben, von der Revolution befreit, floh er vor der wieder eintretenden Reaktion erst nach Genf und, anschließend des Konvents von Zürich, dort ausgewiesen, nach England, wo er sich bis an März ansiedelte, und mit ihm acht Jahre, am 1. Juli in die ersten Not, durchlief. Anlässlich der Ehrenbezeichnung Wilhelm I. emigrierte, lebte er zurück, lebte in Berlin, dann in Leipzig, immer geküßelt von der Polizei, sich und seine Familie durch bürgerliche Arbeit mühsam ernährend. Gründete 1869 zusammen mit Liebel die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die er seit 1874 im Reichstag, seit 1879 im Sächsischen Landtag vertrat. 1890 Reichstagsredner des neuen „Vorwärts“ in Berlin, 1872 mit Liebel Mitglied des Reichsrats zu zwei Jahren Zerstörung vorurteilt, unterdessen während des Sozialistengesetzes Agitationsfahrten nach England, Frankreich und Amerika, wurde schließlich, nach einem wegen „Kriegsbeleidigung“ auf vier Monate ins Gefängnis gesperrt und starb am 7. August 1900 in Charlottenburg.

Lebensdaten für Revolutionäre. Der Rat der Volkskommisariate macht in der „Jugendzeit“ bekannt, daß zur Erinnerung an die vier Jahre ausgeführte Ermordung des Jaroslaw Alexanders II. (am 1. März, 1881) die heute noch lebenden Teilnehmer an der Revolution lebenslängliche Verbannung von 25 Rubel monatlich von der Sowjetregierung ausgelegt werden sind. Es leben noch acht von den an dem Attentat beteiligten Personen, denen damals die Todesstrafe durch lebenslange Verbannung ersetzt wurde. Zu ihnen gehört u. a. die berühmte Revolutionärin Vera Figner, von der die Beschreibung des Attentats lebend in deutscher Sprache im „Kommunisten“ erschienen ist.

Eine landwirtschaftliche Hochschule für die Ukraine. Auf Anregung des Bildungsministeriums der Ukraine ist beschlossen worden, in Kiew eine landwirtschaftliche Hochschule zu gründen, die den Namen „Landwirtschaftliche Akademie der Ukraine“ führen soll. Ferner ist beschlossen worden, Aufforderungen in größerem Maßstab in mehreren ukrainischen Bezirken vorzunehmen. Einst werden sich 20.000 Hektar dafür bestimmt werden.

